

Ratschlag für soziale Gerechtigkeit Erlangen

Pressemitteilung exklusiv an Erlanger Nachrichten 10.9.2026

An die Redaktion der Erlanger Nachrichten

Sehr geehrter Herr Mößler-Rademacher

info@ratschlag-erlangen.de

www.ratschlag-erlangen.de

Der Erlanger „[Ratschlag für soziale Gerechtigkeit](#)“, eine Zusammenarbeit von über [50 Erlanger Organisationen](#), hat eine Unterschriftensammlung für die Sicherung unseres Sozialstaates beschlossen.

„Die Planungen der Bundesregierung beinhalten auch unterstützenswerte Vorschläge. Die mit dem Gesamtpaket verbundenen Vorhaben zum Abbau sozialer Leistungen lehnen wir aber ab.“ erklärte Wolfgang Niclas, Sprecher des Ratschlags.

Die Notwendigkeit der Teilnahme aller Bürger*innen am gesellschaftlichen Leben in Erlangen hat der Ratschlag für soziale Gerechtigkeit bei der Mitarbeit am Teilhabebericht der Stadt Erlangen für alle sozialen Gruppen in Erlangen herausgearbeitet und damit die Forderung nach angemessener Ausweitung sozialer Unterstützung verbunden. Genau dies sehe man aber mit dem geplanten Vorhaben auf Bundesebene gefährdet.

Das zeigen auch Aussagen von Vertreter*innen von Organisationen, die im Ratschlag mitarbeiten:

Christian Pech, Vorstand des AWO Kreisverbandes:

„Gerade die Einschnitte, die beim sogenannten Entlastungsbetrag gerade diskutiert werden, können gravierende Verschlechterungen für pflegebedürftige Personen mit sich bringen. Der Entlastungsbetrag ermöglicht derzeit bereits ab Pflegegrad 1 dass Pflegebedürftige haushaltsnahe Dienstleistungen, zum Beispiel eine Hauswirtschaftshilfe, bis zu 131 € pro Monat erhalten konnten. Dies soll künftig vollständig entfallen. Die Pflegebedürftigen bekommen diese Hilfe nur noch, wenn sie dies selbst bezahlen. Das zerstört, alte Errungenschaften und das Sozialgefüge.“

Elvira Werner und Michaela Wiegner, gleichberechtigte Vorsitzende des DHB Netzwerk Haushalt Erlangen e.V.:

Im DHB Netzwerk Haushalt Erlangen e.V. registriert unsere Beratung (Verbraucherthemen sowie Energieberatung und Hilfe im Alltag) deutlich mehr Anfragen wegen Wohn- und Nebenkosten.

Besonders Familien mit kleineren Kindern sowie Haushalte von Senioren äußern große Sorgen weil der Grundbedarf nicht mehr sicher gedeckt ist. Extras (Schulsachen, Schuhe! bei Kindern, Gesundheitsbedarf bei Pflegebedürftigen) reißen große Löcher.

Die evtl. nötige Finanzierung einer stationären Pflege löst bei vielen regelrecht Panik aus.

Rückmeldungen von Senioreneinrichtungen weisen bereits jetzt auf einen gestiegenen Anteil von Bewohner*innen hin, die auf Transferleistungen angewiesen sind.

Durch die Änderungen bei der Pflegekasse werden Haushaltshilfen kaum noch gefördert – die steigende Nachfrage kann bereits jetzt kaum gedeckt werden und das schließt Menschen mit kleinem Einkommen von frühzeitiger Unterstützung im Haushalt aus – obwohl rechtzeitige Hilfe im Haushalt nachweislich Heimeinzug verschiebt oder verhindert, also Kosten vermeidet.

Ein wachsendes Problem bei Senioren sind auch längere Wartezeiten auf nötige Facharzt Diagnostik – ebenfalls ein Faktor, der bereits mittelfristig weiteren Druck auf die (knappen) stationären Angebote ausübt.“

Christian Pfeuffer, geschäftsführender Vorstand ZSL Erlangen:

„In Erlangen leben mehr als 10.000 schwerbehinderte Menschen – trotzdem sind viele im Stadtbild kaum sichtbar. Wer bei Assistenz, Schulbegleitung oder unabhängiger Beratung kürzt, kürzt ganz konkret Selbstbestimmung, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade für eine vergleichsweise kleine Gruppe von Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf sind diese Leistungen keine zusätzliche Versorgung, sondern die Voraussetzung dafür, selbstbestimmt zu leben, zu lernen, zu arbeiten und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Wer hier kürzt, spart kurzfristig – und riskiert langfristig mehr Abhängigkeit, weniger Teilhabe und höhere Folgekosten.“

Pfarrer Dr. Gunther Barth, Diakoniebeauftragter im Dekanat Erlangen:

„Der von der Bundesregierung geplante Sozialabbau gefährdet die Angebote der Diakonie Erlangen / Stadtmission Nürnberg in folgenden Bereichen:

Die Bundesregierung will die tariflich gebundenen Personalkosten in der Pflege und bei Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung deckeln. Damit wird sie den bereits jetzt bestehenden massiven Fachkräftemangel in der Branche verschärfen und untergräbt das Subsidiaritätsprinzip in unserem Sozialstaat. Die absehbare Folge: Das Hilfeangebot in diesen Feldern würde spürbar ausdünnen. Betroffene müssten dann noch länger, etwa auf stationäre Versorgungsplätze warten oder erfahren nur sporadische, unzureichende fachliche Hilfe für ihre Situation. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe: Strukturelle Hilfen sollen künftig Vorrang vor individuellen Einzelfallhilfen haben. Das heißt KiTas, offene Jugendtreffs oder Schulsozialarbeiter*innen sollen künftig Probleme mitbewältigen, woran Erziehungsbeistände oder sozialpädagogische Familienhelfer*innen heute einzeln und intensiv mit Eltern und Kindern (zu Hause) arbeiten. Unsere Schulen, Kitas und Jugendhäuser sind nicht annähernd für diese Aufgabe ausgestattet – von zusätzlichen öffentlichen Mitteln und Programmen in dieser Struktur wiederum ist bisher keine Rede. Die Erfahrung zeigt zudem, dass dort verankerte Angebote viele Familien mit dringendem Unterstützungsbedarf nie erreichen.“

„Bei den angesprochenen Punkten handelt es sich nur um eine kleine Auswahl von Kritikpunkten unserer Mitgliedsorganisationen an den Plänen der Bundesregierung.“ erklärte Niclas. Der Aufruf und umfassende Stellungnahmen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des DGB seien auf der Homepage des Ratschlags dokumentiert www.ratschlag-erlangen.de. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung gehen aus Sicht des Ratschlags zu einem nicht zu akzeptierenden Teil in die falsche Richtung.

„Mit dem „[Erlanger Aufruf gegen Sozialabbau](#)“ wollen wir die Diskussion mit den Erlanger Bürger*innen und unseren Erlanger Abgeordneten in Stadtrat, Bezirkstag, Land- und Bundestag für einen sozial gerechteren Weg führen.“

Die Unterschriftensammlung solle nach Abschluss symbolisch dem Erlanger Oberbürgermeister Jörg Volleth stellvertretend übergeben werden. In der Ausweitung der Zuweisung von mehr Mitteln an die Kommunen sehe man auch eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der Handlungsnotwendigkeiten aus dem Teilhabebericht.

Der Ratschlag für soziale Gerechtigkeit unterstützt darüber hinaus den Aufruf des DGB zu bundesweiten Demonstrationen am 26. September. Wir rufen auf zur Teilnahme an der bayernweiten Kundgebung am 26. September in Nürnberg. Wir unterstützen die Mobilisierungs-Kundgebung des DGB Erlangen am 18. September mit Beiträgen einiger unserer Mitgliedsorganisationen.

Kontakt zur Nachfrage bei den Zitatgeber*innen:

Christian Pech: 09131 7153 82

Elvira Werner: 0152 37151780

Gunther Barth: 09131 9410477

Christian Pfeuffer: 0 9131 98783 0

Wolfgang Niclas: 0171 3028254

Den „Erlanger Aufruf gegen Sozialabbau“ finden Sie in der Anlage.
Über eine Berichterstattung würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Niclas

Sprecher des „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“

Mail: info@ratschlag-erlangen.de